Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Bundeshaushalt 2014

Kurs halten entgegen aller Verlockungen

IW-Kurzstudie

Ansprechpartner:

Dr. Thilo Schaefer
Ralph Brügelmann

Köln, 21. Juni 2013

Kontaktdaten Ansprechpartner

Dr. Thilo Schaefer
Telefon: 0221 4981-791
Fax: 0221 4981-99791
E-Mail: thilo.schaefer@iwkoeln.de

Ralph Brügelmann
Telefon: 030 27877-102
Fax: 030 27877-150
E-Mail: bruegelmann@iwkoeln.de

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Postfach 10 19 42
50459 Köln

Bundeshaushalt 2014

Kurs halten entgegen aller Verlockungen

Im März dieses Jahres hat das Finanzministerium den ersten Eckwerteentwurf für den Bundeshaushalt 2014 und die Finanzplanung bis 2017 vorgelegt. Der dort eingeschlagene Kurs stellt eine ausgewogene Mischung von notwendiger Haushaltskonsolidierung und hinreichenden konjunkturellen Impulsen dar. Diese Balance sollte das Bundeskabinett wahren und keine zusätzlichen Ausgaben zu beschließen. Davon ausgenommen können nur die Hilfsmaßnahmen zur Bekämpfung der Flutfolgen sein. Sie sind eine notwendige und einmalige Belastung, die die Einhaltung der Schuldenbremse nicht grundsätzlich gefährdet.

Mit dem Eckwertebeschluss gehen die Ausgaben des Bundes 2014 um rund 5 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr zurück. Nachfolgend ist bis 2017 ein Anstieg um rund 12 Milliarden Euro geplant. Damit wird einerseits berücksichtigt, dass nach der Stützung der Wirtschaft während der Finanz- und Wirtschaftskrise die Ausgaben wieder in einen normalen Rahmen zurückgeführt werden müssen. Andererseits ist die Finanzpolitik nicht zu restriktiv und gefährdet nicht die künftige konjunkturelle Entwicklung.

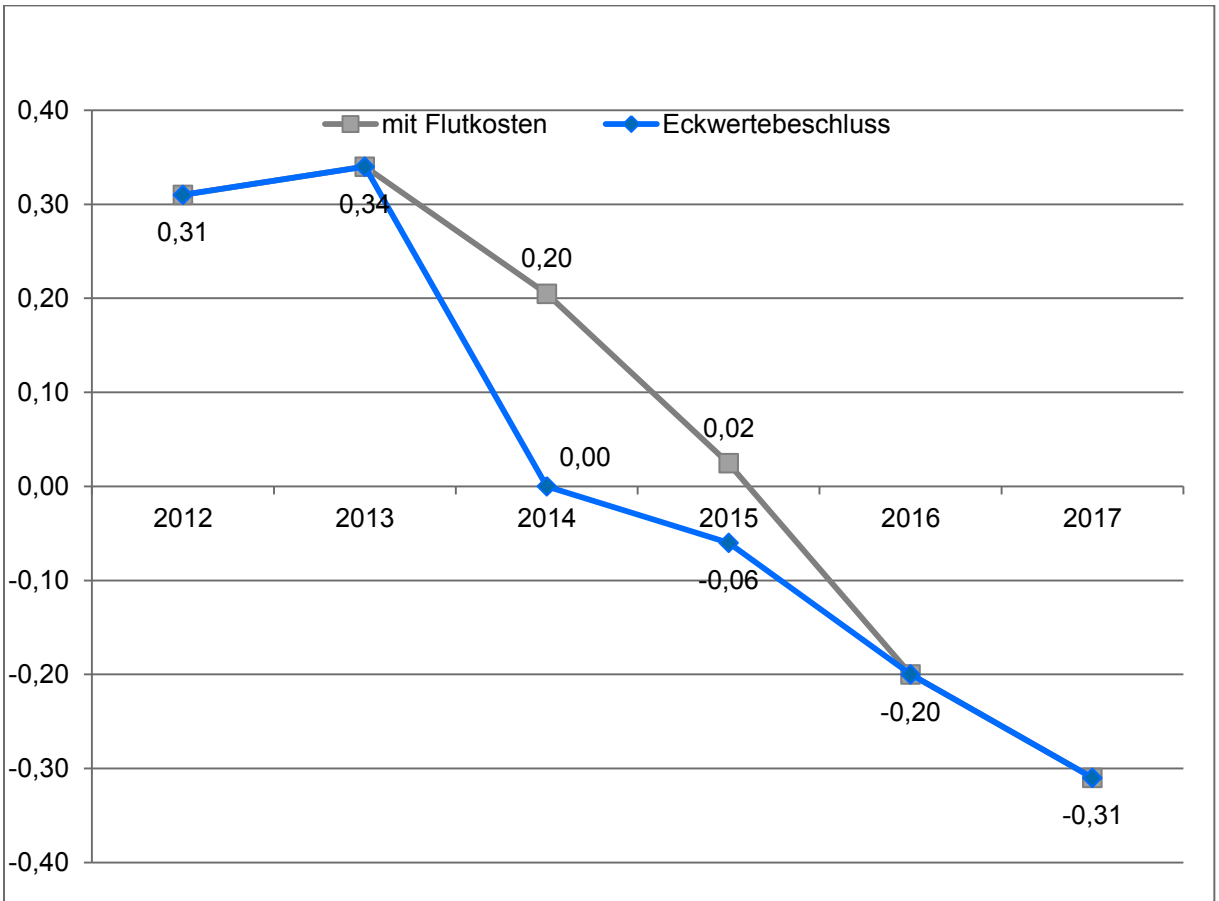
Gleichzeitig hat die aktuelle Steuerschätzung vom Mai die bisherigen Prognosen bestätigt. Der Bund kann nach wie vor mit hohen Steuereinnahmen rechnen, die bis 2017 um mehr als 30 Milliarden Euro zunehmen sollen. Die Kombination aus einem durchschnittlichen Wachstum der Ausgaben von 0,6 Prozent und einem durchschnittlichen Wachstum der Steuereinnahmen von 3,3 Prozent ermöglicht den vollständigen Abbau des strukturellen Defizits. Nach dem Eckwertebeschluss soll sogar der Haushalt insgesamt bereits 2015 ausgeglichen sein und bis 2017 würden sich dann leichte Überschüsse ergeben, die zur Schuldentilgung verwendet werden.

Die Ausgaben zur Beseitigung der Flutschäden sind im Eckwertebeschluss bisher nicht enthalten. Sie werden die Einhaltung der Schuldenbremse jedoch nicht gefährden. Der Bund hat angekündigt, zunächst alle Kosten zu übernehmen und dabei nicht von der Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen Gebrauch machen zu wollen. Die Länder wollen ihren Beitrag dann in einem Zeitraum von 20 Jahren an den Bund zahlen. Der Bundeshaushalt wird also zunächst zusätzlich durch die 8 Milliarden Euro Flutopferhilfen belastet. Unter der Annahme, dass die Mittel in den nächsten beiden Jahren abgerufen werden, und der Bund entsprechend zusätzliche Kredite aufnimmt, steigt das strukturelle Defizit um bis zu 0,2 Prozentpunkte an. Der Bundeshaushalt wird dann erst 2015 strukturell ausgeglichen sein (Abbildung 1). Zu den zulässigen Höchstwerten von 0,97 Prozent des BIP (2014) und 0,66 Prozent (2015) besteht aber nach wie vor ein hinreichender Sicherheitsabstand.

Die unerwartete Zusatzbelastung des Haushalts durch die Flutfolgen verdeutlicht, wie wichtig ein solcher Puffer ist. Die Regeln der Schuldenbremse sehen zwar Ausnahmen im Falle einer solchen Naturkatastrophe vor, so dass zusätzliche Kredite aufgenommen werden können. Nichtsdestotrotz müssen diese Kredite in den Folgejahren zurückgezahlt werden und schränken dann die Haushaltsspielräume entsprechend ein.

Die jetzt verbleibende Reserve kann aber schnell verspielt werden, wenn im Rahmen des Bundestagswahlkampfes zusätzliche Ausgaben beschlossen werden. Diese Warnung gilt für alle Parteien, sowohl für die Regierung als auch für die derzeitige Opposition.[1] Zwar haben SPD und Grüne Gegenfinanzierungsmaßnahmen angekündigt. Allerdings lassen sich zusätzliche Leistungen im Gegensatz zu Abgabenerhöhungen vergleichsweise leicht und ohne viel Widerstand beschließen. Außerdem sind bei Steuererhöhungen Bremsspuren bei der Konjunktur möglich. Und wenn dadurch die Steuerschätzungen nach unten revidiert werden müssen, werden alle Haushaltsplanungen möglicherweise zur Makulatur. Deshalb sollte der stabilitätsorientierte Kurs der Haushaltspolitik auch im Wahlkampf nicht verlassen werden.

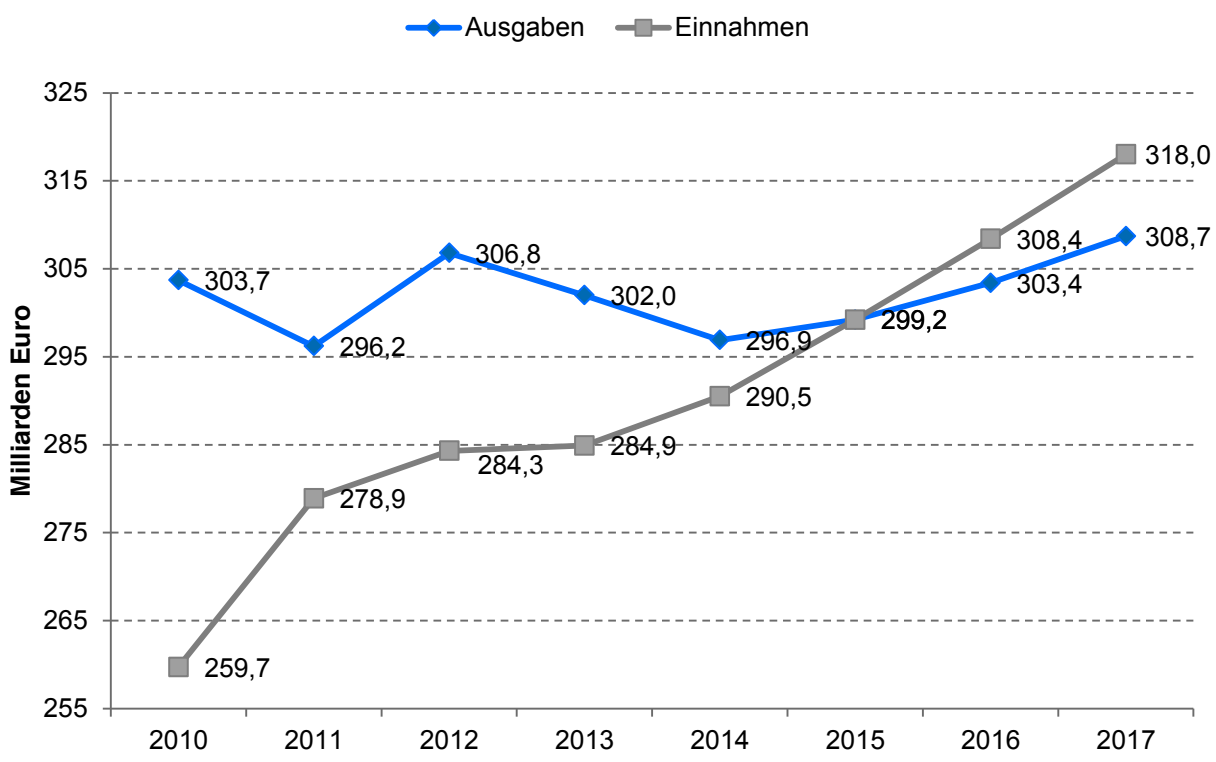
Abbildung 1
Strukturelles Defizit in Prozent des BIP



Bis inkl. 2012: Ist-Werte; 2013: Soll-Wert; ab 2014 aufbauend auf der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes; negativer Wert entspricht Überschuss. Quelle: Bundesfinanzministerium, IW Köln

[1] Beispiele aus den vorliegenden Wahlprogrammen sind bei den Unionsparteien die Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibeträgen, bei der SPD geplante Rentenerhöhungen, und die Grünen wollen die Regelsätze beim Arbeitslosengeld 2 erhöhen.

Abbildung 2
Einnahmen und Ausgaben des Bundes



Ausgaben ohne Berücksichtigung der Ausgaben zur Beseitigung der Flutschäden.
Quelle: Bundesfinanzministerium

Abbildung 3
Steuereinnahmen des Bundes